

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Sozialblatt für Wilsdruff.

Altanneberg, Birkenhain, Blankenstein, Braunsdorf, Bursch, ardiswalde, Großsch, Grumbach, Grund bei Mohorn, Helbigsdorf, Herzogswalde mit Zaubberg, Hühndorf, Kaufbach, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lanversdorf, Lindbach, Losen, Mohorn, Mültz-Roichsen, Pünzig, Neutirchen, Neutanneberg, Niederwartha, Oberhermsdorf, Rohrsdorf, Rohrsdorf bei Wilsdruff, Roitzsch, Rothschönberg mit Berne, Sachsdorf, Schmiedewalde, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach bei Mohorn, Seeligstadt, Spechtshausen, Taubenheim, Unterkorsdorf, Weistroypp, Wilsberg.

Erscheint wöchentlich drei mal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 Mt. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 Mt. 54 Pf. Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens mittags 12 Uhr angenommen. — Insertionspreis 15 Pf. pro viergespaltene Korpuszeile.

Druck und Verlag von Martin Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion Martin Berger daselbst.

No. 128.

Donnerstag, den 29. Oktober 1903.

62. Jahrg.

Die Ortsbehörden des hiesigen Bezirks werden veranlaßt, die Empfangsbekundigungen über Unterstützungen von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften für die behufs Erstattung der Beträge aufzustellende Berechnung, soweit es noch nicht geschehen ist,

bis Ende ds. Mts.

wieder hier einzureichen.

Königliche Amtshauptmannschaft Meissen, am 22. Oktober 1903.

J. B.

O. B.

Dr. Geertloß, Reg.-Aff.

G.

Bekanntmachung.

die Einkommen- und Ergänzungssteuerdeklaration betr.

Aus Anlaß der im Laufe des nächsten Jahres stattfindenden allgemeinen Einschätzung zur Einkommen- und Ergänzungssteuer werden zur Zeit Aufforderungen zur Deklaration des steuerpflichtigen Einkommens und bez. Vermögens behändigt.

Allen denen, welchen eine derartige Aufforderung nicht zugeht, steht es frei, Deklarationen über ihr Einkommen bez. über ihr ergänzungssteuerpflichtiges Vermögen bis

zum 20. November d. Js.

anher einzureichen und werden zu diesem Zwecke bei hiesiger Stadtsteuereinnahme Deklarationsformulare unentgeltlich verabfolgt.

Hierbei werden alle Vertreter von Personen, die unter Vormundschaft oder Pflegschaft stehen, ingleichen alle Vertreter von juristischen Personen (Stiftungen, Anstalten, eingetragenen Vereinen und Genossenschaften, Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Berggewerkschaften usw.), sowie die Vertreter von sonstigen mit dem Rechte des Vermögenserwerbs ausgestatteten Personenvereinen und Vermögensmassen aufgefordert, für die Vertretenen, soweit sie ein steuerpflichtiges Einkommen oder ergänzungssteuerpflichtiges Vermögen haben bez. in Ansehung der Ergänzungssteuer der Steuerpflicht überhaupt unterliegen, Deklarationen bei dem unterzeichneten Stadtrate auch dann einzureichen, wenn ihnen deshalb besondere Aufforderung nicht zugehen sollte.

Wilsdruff, am 28. Oktober 1903.

Der Stadtrat.

Rahlenberger.

Politische Rundschau.

Die schon längst signalisierte Zusammenkunft des Kaisers Wilhelm mit dem Zaren Nikolaus von Rußland anlässlich der gegenwärtigen Auslandsreise des letzteren, soll nunmehr bestimmt am 4. November in Wiesbaden stattfinden. Die beiden Kaiser werden dort vereint u. A. die Festvorstellung des „Oberon“ im Hoftheater besuchen. Die zweite Schwadron des Husaren-Regiments „Kaiser Nikolaus“ ist bereits von ihrer Garnison Paderborn nach Wiesbaden abgeritten, um daselbst beim Empfange des hohen Regimentschefs Aufstellung zu nehmen. Mit der Wiesbadener Zusammenkunft zwischen dem deutschen Kaiser und dem Zaren erfahren die Begegnungen, welche beide Herrscher kurz hintereinander mit dem Kaiser von Oesterreich hatten, ihre immerhin bemerkenswerte Ergänzung, wenn auch irgendwelche Abmachungen fester Art von der Wiesbadener Kaiserentree schwerlich zu erwarten sein dürften. Der russische Minister des Aeußeren Graf Damborski wird seinen erlauchten Souverän nach Wiesbaden begleiten; ob auch der deutsche Reichskanzler Graf Bülow bei der dortigen Kaiserzusammenkunft anwesend sein wird, das ist noch nicht bekannt.

Prinz Adalbert von Preußen, der dritte Sohn des deutschen Kaiserpaars, hat am Montag die Heimat auf längere Zeit verlassen, um seine erste große Auslandsreise im Dienste der kaiserlichen Marine anzutreten. Auf der Wiltpartition verabschiedete sich die Kaiserin und die Prinzessin Victoria Luise vom Prinzen Adalbert, während der Kaiser, der Kronprinz und Prinz Joachim dem scheidenden Sohn und Bruder das Geleit bis zum Anhalter Bahnhof in Berlin gaben, von wo aus Prinz Adalbert nach Genua abreiste.

Der Entwurf des neuen Militärsparationsgesetzes liegt augenblicklich dem bayerischen Staatsministerium zur Entscheidung vor.

In Dresden ist am Montag die angekündigte Konferenz zur Vorberatung des Entwurfes eines neuen Landtagswahlgesetzes für Sachsen abgehalten worden. Die Beratungen, an denen insgesamt etwa vierzig Herren teilnahmen, dauerte unter Vorsitz des Ministerpräsidenten v. Meißel von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 4 Uhr. Ueber den Gang und die Ergebnisse der Konferenzverhandlungen wird einweilen strenges Stillschweigen beobachtet.

In der bayerischen Abgeordneten-Kammer geht die allgemeine politische Debatte über dies und das noch immer flott weiter. Auch in der Montagssitzung des Hauses kam es wiederum zu langen Auseinandersetzungen mannigfacher Art unter den Parteien wie auch zwischen denselben und der Regierung, ohne daß man endlich zum Abschluß gelangen konnte, vielmehr wurde diese Diskussion auch noch am Dienstag fortgesetzt.

Sozialdemokratische Moral. Der bekannte sozialdemokratische Schriftsteller Wehring hat sich bekanntlich auf dem Dresdener Sozialistenkongresse zahlreich erdichtete und vorwiegend persönliche Angriffe seitens einer ganzen Reihe von Genossen zugezogen. Herr Wehring hat nun

zu seiner Rechtfertigung eine ziemlich umfangreiche Broschüre erscheinen lassen, die für die Nichtgenossen hauptsächlich durch die schonungslose Art und Weise bemerkenswert ist, mit der er Kritik an der Moral innerhalb der eigenen Partei übt. So schließt die Wehringsche Broschüre, um nur eine der charakteristischsten Stellen derselben hervorzuheben, mit den überaus scharfen Worten: Ihr (der sozialdemokratischen Partei) kann es sehr gleichgültig sein, ob der moralische Neuchelmord in Dresden an einem beliebigen X oder Y verübt wurde, aber nicht gleichgültig darf ihr die Frage sein, ob sich auf ihren Parteitag hinterlistige Ueberfälle abspielen dürfen, von denen ich wiederhole, daß sie an feiger und schmutziger Verfidie in der Geschichte der verfaultesten Gesellschaftsklassen ihresgleichen suchen. Darüber muß sich die Partei entscheiden, nicht um meiner, sondern um ihrer willen. — Wenn man erwägt, daß sich die Sozialdemokratie bei allen möglichen Gelegenheiten immer wieder mit ihrer Tugendhaftigkeit gegenüber den Sünden der angeblich so verrotteten bürgerlichen Gesellschaft brüste, so beleuchten diese Auslassungen Wehrings um so greller die wahren Zustände in dessen Partei; hat doch gerade erst die jüngste Zeit und zahlreiche Vorkommnisse, wie namentlich durch die vielen Beispiele brutalster Terrorisierung der Elemente der sozialdemokratischen Partei, welche sich erlaubten, gegen die geheiligten starren Parteiprinzipien Front zu machen, wiederum gezeigt, welche eine eigentümliche Moral in der „Partei der Zukunft“ im Grunde herrscht. Eine besondere Blüte der sozialdemokratischen Moral aber enthält zweifellos der „Neuen Zeit“ in einer Betrachtung über den Dresdener Parteitag gelan und welcher lautet: „Einer der wichtigsten Grundsätze darunter, (nämlich unter den für jede Gesellschaftsform geltenden sittlichen Grundsätzen) ist die Pflicht der Wahrhaftigkeit den Genossen gegenüber, dem Feinde gegenüber hat man diese Pflicht nie anerkannt.“ Herr Kautsky hat hiermit also in aller Offenherzigkeit den Satz aufgestellt, daß Wahrhaftigkeit den Nichtsozialdemokraten gegenüber niemals die Pflicht der Genossen sein könne, in der Tat eine nette Moral! Da hat die Partei des Herrn Bebel und Singer nicht im entferntesten das Recht, wie es in ihrer Presse fortwährend geschieht, mit ostentativ zur Schau getragener Pharisäerei auf die sittliche Verderbnis der bürgerlichen Welt hinzuweisen und im Gegenzug dazu die Anschauungen und Verhältnisse im sozialdemokratischen Lager als ideale hinzustellen. Herr Kautsky aber darf mit Senagntung darauf hinweisen, daß sein jesuitisches Axiom von der Unverbindlichkeit für einen überzeugten Sozialdemokraten gegenüber einem Nichtsozialdemokraten ebenso wahrhaftig zu sein, als gegenüber einem Genossen, in den Reihen der sozialdemokratischen Parteidänger rasch Schule macht. In einer sozialdemokratischen Versammlung im dritten Hamburger Wahlkreise war der Antrag gestellt worden, der Parteivorstand möge so schnell wie möglich den erwähnten Kautskyschen Satz durch eine Erklärung im „Vorwärts“ desavouieren, der Antrag wurde indessen von der Versammlung schließlich mit großer Mehrheit ab-

gelehnt. Es findet sich demnach in den Reihen der Sozialdemokratie volles Verständnis für die Moral mit dem doppelten Boden, wie sie Herr Kautsky unter offener Billigung der Häupter der deutschen Sozialdemokratie so ungeniert aufgestellt hat. Wohlan, mögen die Herren sehen, wie weit sie mit solchen merkwürdigen Grundsätzen kommen!

In Berlin begann am Montag vor dem Schwurgericht der Sensationsprozess gegen die Gräfin Kowalewa und Genossen wegen Kindesunterziehung.

Aus dem Wirrwarr der Bemühungen zur Lösung der ungarischen Kabinettskrise hebt sich endlich ein erster Erfolg hervor: Graf Stefan Tisza ist vom Kaiser Franz Joseph zum ungarischen Ministerpräsidenten an Stelle des Grafen Khuen-Hedervary ernannt worden. Allerdings hat nun Graf Tisza erst noch sein Kabinett zu bilden, was indessen bei der ihm günstigen Stimmung in den Pesther politisch-parlamentarischen Kreisen vielleicht auf keine großen Schwierigkeiten stoßen wird. Er wurde am Montag abend nach seinem Wiederentreffen aus Wien in Pest im Klub der liberalen Partei mit Ovationen empfangen. Das Neunerkomite hielt Dienstag vormittag eine Sitzung ab, die liberale Partei Mittwoch eine Konferenz, in der das Militärprogramm beraten wurde.

Die gemeinsame in Märzfest vereinbarte Note Oesterreich-Ungarns und Rußlands wegen der mazedonischen Reformen an die Porte spricht die förmliche Sequestation der türkischen Verwaltung in Mazedonien auf zwei Jahre aus. Es ist daher gerade nicht verwunderlich, wenn die russisch-österreichische Reformnote einer ziemlich frostigen Aufnahme seitens der türkischen Regierung begegnete.

In Barcelona, dem alten spanischen Verschwörungsneß, wurden am 26. Oktober drei Anarchisten — zwei Italiener und ein Franzose — verhaftet, welche durch aufrührerische Maueranschläge Propaganda zu machen suchten. Bedenkliche Zustände herrschen fortgesetzt in Bilbao, wo bekanntlich ein großer Ausstand der Bergarbeiter ausgebrochen ist. Am Montag unternahmen die Streikenden Dynamitanschläge gegen einen Lokomotivschuppen, gegen die Zentrale der Eisenbahn und gegen die elektrischen Beleuchtungsanlagen. Der Ausstand erstreckt sich auf alle Gruben der Umgebung Bilbaos.

Im türkischen Grenzgebiet nach Montenegro hin herrscht wieder einmal große Erregung. Der Mutescharif von Ipek ist laut einer Meldung aus Cetinje mit Truppen und Geschütz in Plava eingetroffen, um dort und in Guginje neue Steuern einzuführen. Die Bevölkerung ist sehr erregt darüber, doch ist es noch zu keinem Konflikt gekommen.

Wie verlautet soll der türkische Ministerrat die in der österreichisch-russischen Note wegen Mazedoniens enthaltenen neuen Vorschläge zurückgewiesen haben.

Aus Sofia kommt die recht beruhigende Klugende Nachricht, daß der Befehl zur vollständigen Demobilisierung der bulgarischen Reserve ergangen.

Von maßgebender japanischer Seite selber wird jetzt Stellung gegen die immer wieder verbreiteten Alarm-